

Abgeordnete in der Sandwich-Position

Gastkolumne Das Parlament droht zwischen starker Regierungsmacht und Basisdemokratie erdrückt zu werden

Von Karl-Rudolf Korte

Essen. Werden wir noch demokratisch regiert? Formal ist die Antwort leicht zu finden: Freie Wahlen legitimieren eine Regierung, die vom Landtag oder vom Bundestag mit Mehrheit gewählt wurde. Mittlerweile hat allerdings das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des aktuellen Wahlrechts für den Bundestag verworfen.

Die Demokratiefrage stellt sich jedoch noch nachdrücklicher im Hinblick auf den Regierungsalltag. Auf der einen Seite entscheidet die Kanzlerin mit ihren Ministern in internationalen Krisensitzungen immer undemokratischer legitimiert. Autokratisch muss sie häufig in Vier-Augen-Gesprächen mit anderen Staats- und Regierungschef Entscheidungen treffen, die erst nachträglich vor Kabinetten und Parlamenten zu rechtfertigen sind.

Solche Power-Entscheidungen über abenteuerliche Rettungssummen fallen zunächst alle rein exekutiv im Stil vordemokratischer Kabinettpolitik. Die Bankenkrise frisst viel an demokratischer Normalität. Denn zeitgleich gibt es eine Rückkehr des Plebiszits. Viele Bürger wünschen eine direkte Beteiligung nicht nur an der Willensbildung, sondern auch an der politischen Entscheidung. Repräsentativ in Parlamenten gefasste Beschlüsse werden immer weniger akzeptiert. Der Wunsch nach einer neuen Beteiligungsarchitektur, nach mehr Partizipation wird stärker, nicht nur bei Wut- und Mutbürgern.

Sowohl das undemokratische Entscheiden von oben als auch das direktdemokratische Entscheiden von unten zehrt an den Legitimitätsreserven unseres politischen Systems. Denn im Zentrum steht das Parlament. Von allen Bundesorganen wird nur der Bundestag direkt vom Bürger durch Wahlen legitimiert.

Beim Sandwich wäre der Bundestag genau in der Mitte anzusiedeln. Er hat Druck von oben und unten. Ohne aktuelle wegweisende Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts hätten die Abgeordneten deutlich an Informationshoheit verloren. Doch was sie am meisten brauchen, ist extrem kostbar: Zeit für intensive Beratungen, Zeit für Begründungen und Erklärungen der Entscheidungen gegenüber den Wählern, Zeit für eine Gesetzgebung, die über den Tag hinaus Bestand haben sollte.



Karl-Rudolf

Korte FOTO: GRABEN

Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte ist Direktor der „NRW School of Governance“ an der Universität Duisburg-Essen